



Siehe Beilage ab Seite 5.

BIBS-Erfolge:

■ Mobilticket vor 9 Uhr

Die BIBS konnte sich mit ihrem Antrag zum Haushalt durchsetzen. Das BS-Mobilticket gilt demnächst auch vor 9 Uhr. Denn viele Ticketbesitzer müssen ihre Termine beim Jobcenter schon vorher wahrnehmen. Die Verwaltung prüft jetzt, ab wann Inhaber des Sozialtickets schon morgens Tram und Bus benutzen dürfen.

■ Weiterhin Geld für soziale Projekte

Vielen Sozialprojekten sollten die städtischen Zuschüsse gekürzt werden. Dagegen wandte sich die BIBS. So konnten in den Beratungen zum Haushalt 2016 - oftmals durch interfraktionelle Anträge mit SPD und Grünen - die Zuschüsse für das „Netzwerk Gemeinsam Wohnen“, „Mütterzentrum“, „Heidberg Aktiv“, „Näherwerk statt Flickwerk“, „Stadtteilladen Neustadtring“, „Pro familia“, „Teens plus babies“, „Haus der Kulturen und Lukas-Werk“ gesichert werden.

Flughafen macht 5,1 Mio. Verlust im Jahr

2016 macht der „Airport Braunschweig“ voraussichtlich stolze 5,1 Mio. € Verluste, die vom Steuerzahler getragen werden müssen. Und das, obwohl die Start- und Landgebühren um rund 30 % erhöht werden sollen. Den Löwenanteil des Defizits muss Jahr für Jahr die Stadt Braunschweig aus dem Stadt-Haushalt zuschießen. Die BIBS stellte deshalb den Antrag zum Haushalt, das Defizit des Flughafens zu verringern. Der Rat beschloss, die Verwaltung möge dazu ein Maßnahme-Konzept erarbeiten. Wir werden beobachten, wie der Flughafen BS/WOB „eine mittelfristige Defizitreduzierung auf Null“ erreicht, um ab 2024 „ohne Beihilfen auskommen“ zu können.

Schloss-Museum:

50 € Zuschuss pro Besucher

Über solche Zahlen würde sich manches freie Kulturprojekt in Braunschweig freuen: Das Schlossmuseum bekommt jährlich 300 Tsd. € aus der Stadtkasse, obwohl nur 6.000 Besucher das Angebot nutzen! Das macht eine Subventionierung von 50,- € pro Nase. Wo den Obigen bei freien Theatern, Jugendinitiativen oder feministischen Projekten der Rotstiftgriffel aus der Hand fallen würde, sagt die Verwaltung in diesem Fall aber nur: „Das ist vertraglich so festgezurr“. Ganze 20 Besucher verirrt sich im Schnitt pro Tag in der Attrappen-Sammlung, in der selbst die Wandbezeichnungen „original nachempfunden“ wurden. Die BIBS wollte diesen Irrsinn im Haushalt 2016 korrigieren. Antwort der Verwaltung: geht nicht, da das unter Hoffmann vertraglich so mit der Borek-Stiftung unkündbar vereinbart wurde. Die BIBS will das ändern. (red)

Selbst unsere Retter wurden von Hoffmann „verkauft“: Feuerwehr in Atemnot

Im Zuge der Haushaltsberatungen 2016 entdeckte die BIBS ganz erstaunliche Finanzierungen für die Feuerwehr.

Von privater Seite sollten die Mittel für Neuanschaffungen bei der Feuerwehr, für Schlauchwartung, Messgeräte usw. aufgebracht werden, weil die rd. 0,9 Mio. € bei der Stadt nicht vorhanden seien, so die Begründung der Verwaltung unter Hoffmann.

Ein Business-Plan für 109 Tsd. €

Ex-OB Hoffmann holte KPMG ins Boot, eine Beratergesellschaft, die auch die anderen Privatisierungen (z.B. die der Stadt-Entwässerung) auf den Weg gebracht hat.

Ergebnis: Eine private (Partner)-Fachfirma sollte anstelle der Stadt investieren, und nach drei Jahren würden sogar noch Überschüsse an die Stadt fließen.

Wer mochte dazu schon nein sagen

Jedoch: Der märchenhafte „Business-Plan“ scheiterte, die Stadt kündigte dem privaten Partner mit Brief vom 28.3.2011 an, aus der Kooperation aussteigen zu wollen, holte sich von diesem aber postwendend am 21.4.11 eine Abfuhr.

Erst jetzt schaute man etwas genauer hin und rechnete mit spitzem Bleistift ...weiter auf Seite 2



Text der Stadt: „2005 wurde das Feuerwehrservicezentrum auf dem Gelände der Feuerwache Süd in Betrieb genommen. Hier werden in Zusammenarbeit mit der Fa. Dräger Atemschutzgeräte, Chemischschutzanzüge, Messgeräte und Schläuche gewartet, geprüft und repariert.“

Kommunalwahl am 11. September

Die Bürgerinitiativen Braunschweigs treten als BIBS auch in diesem Jahr zu den Kommunalwahlen für Stadtrat und Bezirksräte an.

Mit starken Kandidatinnen und Kandidaten, die sich vor Ort auskennen und im Gegensatz zu BerufspolitikerInnen als einfache BürgerInnen Ihr Ohr am Volk haben. Die Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) lebt als Wählergemeinschaft ausschließlich

B·I·BS tritt an

von Eigen-Engagement und Spenden und schielt nicht auf öffentliche Gelder.

Die BIBS ist basis-orientiert und taucht in der Öffentlichkeit auch zwischen den Wahlen auf, so jeden Samstag mit einem Informationsstand auf dem Kohlmarkt, mit kostenloser eigener Zeitung und vielen FreundInnen in Initiativen, Aktionsbündnissen oder Vereinen.

Die BIBS kennt keine Mitgliedschaft – wer mitmacht, macht mit!

Dieses Konzept ist seit 2006 bewährt. Wir fordern alle engagierten BürgerInnen, AktivlerInnen und InitiativlerInnen auf, bei uns mit zu machen! Wer aktiv für eine Politik für ALLE mitmachen will, findet uns unter www.buergerinitiativen-braunschweig.de

red

Sommerfest Tostmannplatz Samstag, 11. Juni, 15 bis 23 Uhr, Dankeskirche



Die Vereine ART (Aktiv für Respekt und Toleranz) und Kultur für alle (Kufa) laden ein zum Sommer- und Kulturfest 2016.

Die Initiative ART engagiert sich im Stadtteil Schunterstedlung/ Kralenriede und darüber hinaus für ein tolerantes, buntes Miteinander aller Menschen und Kulturen und bezieht klar Stellung gegen jede Art von Rassismus.

Ein Fest mit vielen Vereinen, Initiativen, Menschen aus dem Stadtteil und der Region, die zum zweiten Mal in Folge das internationale Sommer- und Kulturfest veranstalten.

Wolfgang Bartsch, Jörg Fischer

Gerechte Entlastung für alle Kitas

Kitas bestehen aus Krippen, Kindergärten und Horten. - Als man 2009 in Braunschweig die Kitagebühren abschaffte, vergaß man Krippen und ...weiter auf Seite 2

Schüler wehren sich gegen Neonazis

„Diese Gewalt traf uns alle“

Am 23. Februar drangen Neo-Nazis in die Neue Oberschule (NO) ein und verletzten einen Schüler schwer.

Der polizeibekannt Schläger Pierre B. (23), Bodybuilder in einem Braunschweiger Fitness-Studio, hinterlässt seit Monaten eine Spur der Gewalt. Eltern und Schülerschaft sorgen sich: ist die Grenze zu Nazi-Terror nicht längst überschritten, wenn Opfer und sogar Zeugen um Leib und Leben fürchten müssen?

Unser-Braunschweig zitiert hier aus der Rede des Schülersprechers der NO vom 29. Februar vor dem Dom:

„Ich spreche heute hier in Vertretung der Schülerschaft, um die Vorfälle der letzten Woche zu verurteilen.

Die Schule ist ein geschützter Ort, der die persönliche Entwicklung fördern soll. Es muss jedem Schüler die Möglichkeit gegeben sein, seine eigene Meinung zu bilden und zu vertreten. Es darf



Demonstration gegen Nazi-Übergriffe und rechte Gewalt am 19.03.2016 in der Nordstadt (hier Abmarsch vom Rebering).

nicht sein, dass die Konsequenz einer Meinungsverschiedenheit physische Gewalt ist, bzw. dass Schüler – auf welche Art auch immer – verletzt werden. Es handelt sich nicht um kleine Auseinandersetzungen zwischen Schülern, sondern um einen fremden Eingriff in die Souveränität aller Schüler.

Die Gewalt von Rechtsextremen geht nicht gegen Einzelne, sondern gegen uns alle. Es hätte jeden treffen können, der nicht die entsprechenden extremistischen Gedanken teilt. Wie kann es sein, dass Fremde in Schulen eindringen und uns Schüler verletzen?!

Es ist inakzeptabel, dass Einzelne unser Recht auf freie Meinungsäußerung derart einschränken, und dass Schüler darunter leiden mussten, Position be-

weiter Seite 2



Feuerwehr – teurer Ratenkredit

...weiter von Seite 1

nach: die Stadt hatte – wohl ohne es zu merken – einen Raten-Kreditvertrag für die Investition bei dem privaten Partner abgeschlossen und stottert seither die Rechnung von Fa. Dräger vom 18.1.2005 über 1.046.300,76 € ab – in Vierteljahresraten zu je 24.586,24 € bis zum Jahr 2020. Aus dem „Kostenfrei“ für die Stadt wurden am Ende 1,8 Mio. €, die übrigens von KPMG im Zuge der eigenen Honorarberechnung festgestellt wurden. Der Rat der Stadt erfuhr nach seiner Zustimmung im Jahre 2004 nichts von der weiteren Entwicklung – auch nicht vom versuchten Ausstieg im März des Jahres 2011. P. R.

Zitate und Fakten aus der Akteneinsicht

Ziel der privaten Kooperation „ist neben der Kostendeckung auch eine Gewinnmaximierung“ (Seite 198).

„Nach Ablauf des Vertrages haben die Mitarbeiter der Feuerwehr nicht unerhebliches städtisches Vermögen erarbeitet“ (ebd.).

„Die Feuerwehr Braunschweig kann ohne Belastung des städtischen Haushalts dringend benötigte Investitionen tätigen“ (S. 219).

„Für die auf der Südwache stationierten Mitarbeiter stehen sinn-

volle Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung“ (ebenda).

„Es besteht ein geringes Restrisiko hinsichtlich der erwarteten Gewinne“ (ebd.).

Der Plan funktioniert nicht; die Kündigung der Kooperation im Jahre 2011 funktioniert auch nicht. Die Beratung kostet die Stadt rd. 109 Tsd. €.

Die Stadt hat einen Raten-Kredit beim privaten Partner abgeschlossen und zahlt nun bis 2020 sogar 1,8 Mio.€.

Wer zahlt Hoffmanns Zeche?

Ein Kommentar von Klaus Knodt

Kaum ist er weg, da tauchen bei Akteneinsichten der BIBS nach und nach 38 Schuldscheine mit einer Schuldsomme in Höhe von bislang 468 Mio. € auf. Die Einnahmen in Höhe von 750 Mio. € aus den Vermögensverkäufen von Stadtwerken, Wohnungen und Müllabfuhr sind aufgebraucht; viele Millionen draufgezahlt für fragwürdige Großprojekte wie Flughafenausbau, Spaßbad, für Kaiser-Otto-Jahr und Victoria-Luise Hochzeit, Schloss-Fassade, um nur einiges zu nennen.

Und nun taucht auch noch ein Ratenkredit auf, samt Beraterkosten für einen wertlosen Business-Plan.

Ja, geht's noch?

Von KPMG erwartet man inzwischen ja gar nichts anderes mehr, aber wieso

haben das die Leute im Rathaus alles mitgemacht?

Wir erinnern uns? Die

Beraterfirma KPMG mit seinerzeit verbundener Rechtsanwalts-gesellschaft Beiten-Burkhard verdiente in Braunschweig Millionen-Honorare auch mit der Abwasserprivatisierung und mit Gutachten in Hoffmanns Sparkassen-Streit/Nord LB.

Was bleibt vom Finanzwunder durch Privatisierungen?

Das einst stattliche Vermögen der Stadt mutierte zu Schuldscheinen und nun - wie zum Hohn obendrauf - auch noch ein Ratenkredit für Gerätschaften bei der Feuerwehr.

Die Bilanz von 15 Jahren Privatisierung: Braunschweig wurde abgezockt.



Kehrtwende bei der Privatisierung des Hochbauamtes

Elf Jahre nach Ingangsetzung der Privatisierung des Hochbauamtes (Fachbereich 65) beschloss der Rat der Stadt am 21.7.2015 einstimmig mit allen Rats-Frak-tionen die Kehrtwende.

Fazit: die vor elf Jahren einmütig unter dem Ex-OB Hoffmann eingeleitete Privatisierung war ein teurer Irrweg.

Zwei Millionen Euro bei Privatisierung des Hochbauamtes verspielt - BIBS-Fraktion begrüßt die Umkehr aus einer Sackgasse

Rückblick: Im Dezember 2004 stimmten die Ratsgremien nicht nur für das Privatisierungsmodell bei der Feuerwehr (siehe oben), sondern brachten auch die Privatisierung des

Hochbauamtes (Fachbereich 65) auf den Weg. Elf Jahre später (und 1 Jahr nach dem Abgang von OB Hoffmann) kam die Kehrtwende.

Das seinerzeitige Ziel, nicht nur öffentliche Dienstleistungen wie Stadtreinigung, Stadtentwässerung und Verkehrs-Ampeln, sondern auch Ämter in selbständige „Regiebetriebe mit kaufmännischen Grundsätzen“ auszugliedern, erwies sich als ein teurer Irrweg.

Die Ratsvorlage zum 21.7.2015 erklärte dazu kurz und bündig:

„Die Sonderrechnung des FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement wird aufgelöst und der FB 65 in den städtischen Haushalt zurückgeführt.“

Die Verwaltung erwartet durch diesen

Schritt für das Jahr 2017 eine Kostenreduktion um 147 Tausend €, ab 2018 um 197 Tausend €.

Die BIBS-Fraktion hat nachgerechnet und beziffert den Gesamtschaden für die Stadt auf 2 Millionen.

Die gescheiterte Privatisierung rückt auch die anderen Privatisierungen aus der Hoffmann-Zeit erneut ins Rampenlicht: einst als „Haushaltswunder“ von Braunschweig in die Öffentlichkeit lanciert, entpuppen sich die Privatisierungen nun für die Stadt als schwere Hypothek:

– so tauchten bislang 38 Schuldscheine mit einer Gesamtsumme von 468 Mio. € nach Amtsübergabe von Hoffmann auf Markurth auf, zu denen sich die Stadt seit 2005 vor allem in

Privatisierungsverträgen mit den Konzernen veolia (zur Stadtentwässerung) und Hochtief (Schul-Sanierungen) verpflichtet hat (siehe Mitteilung 10277/14 und Vorlage 15-00341-01 an den Finanzausschuss);

– im Nachgang der Privatisierungsverträge zur Stadtreinigung mit dem ALBA-Konzern mussten 9,6 Mio.€ aus der Stadtkasse als Verlust gebucht werden, deklariert als „irreparabler Buchungsfehler“.

(Siehe zur Schuldschein-Politik der Hoffmann-Verwaltung auch die Dokumentationen in den Ausgaben Nr. 12 und 13 von Unser-Braunschweig, erhältlich samstags am Infostand auf dem Kohlmarkt und im Rathaus bei der BIBS-Fraktion.) P.R.

Kita-Entgelte

...weiter von Seite 1

Horte. Für die mussten Eltern weiter hohe und höchste Beiträge bezahlen, während Kindergärten freigestellt waren, den einen alles, den andern nichts: Das ist Willkür nach Guts-herrenart, nicht Gerechtigkeit.

Als die Stadtverwaltung die Wiedereinführung von Kindergarten-gebühren ankündigte, um so den städtischen Haushalt zu entlasten, verhinderte die BIBS mit SPD und Grünen, dass Geld aus der Kinderbetreuung für die Haushaltssanierung abgezogen wird. Stattdessen soll mit denselben Mitteln die Entlastung für alle Kita-Einrichtungen gleichmäßig erfolgen: Gerechtigkeit statt Willkür.

Entgeltfreiheit für alle Kita-Einrichtungen!

Den Schwung der Ausein-dersetzung um Kindergartengebühren möchte die BIBS nutzen und lädt Parteien, Elternvertretungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften (wie z. B. die GEW wegen Personal- und Qualitätsfragen), zum Gespräch ein, um die Entgeltfreiheit aller Kita-Einrichtungen zu erreichen.

Zwar sehen alle Ratsparteien die Kinderbetreuung als bildungspoliti-schen Auftrag an, entsprechende Anträge zur Freistellung wurden aber von keiner Fraktion gestellt.

Das an sich für Grundbildungs-kosten zuständige Land hält sich nach Angaben des Abgeordneten Christoph Bratmann (SPD) für nicht in der Lage, die jährlich jeweils rund 100 Millionen Euro aufzubringen, die jeder weitere Jahrgang Entgelt-freiheit dem Land kosten würden.

Die Braunschweiger Debatte muss auch im niedersächsischen Landtag auf die Tagesordnung. Es ist geht um Prioritäten und alle Akteure sind gefragt. Wie können wir Entgeltfrei-heit für alle erreichen, wie können wir alle Bildungseinrichtungen im Kita-Bereich kostenfrei zugänglich machen. K.E./P.R.

Kein Schnitt durch die Okeraue!

Die Planung einer Umgehungsstraße für Watenbüttel durch das FFH- und Naturschutzgebiet „Braunschweiger Okeraue“ und durch Veltenhof bezeichnet BiBS-Fraktionschef Dr. Dr. Wolfgang Büchs als „schlechten Aprilscherz“. Man schaffe „Entlastung für den einen Stadtteil (Watenbüttel) indem man einen andern Stadtteil (Veltenhof) belastet“, so Büchs.

Eine Umgehung für Watenbüttel gebe es im Prinzip schon über die A2 und die A 391 – sie müsse nur in erforderlicher Weise in Funktion gesetzt werden, indem die Ortsdurch-fahrt durch Watenbüttel für LKW strikt verboten wird.

Die BIBS wendet sich entscheiden gegen massive Naturzerstörung und Beeinträchtigung des NSG „Braunschweiger Okeraue“ durch ein unsinniges Verkehrsprojekt. red

Schüler gegen Neonazis

...weiter von Seite 1

zogen zu haben. In diesem Fall wird deutlich, dass politische Motivation nur der Vorwand für die Anwendung von Gewalt ist.

Uns ist wichtig, dass keine Identifikation mit Vorfällen politisch extremer Natur stattfindet und dass die Präventivarbeit an Braunschweiger Schulen erfolgreich fortgeführt wird.

Unter keinen Umständen darf ein solcher Vorfall eine Einschränkung des Schullebens an Braunschweiger Schulen bewirken. Geschlossen müssen wir Vorfälle wie diesen verurteilen und die Opfer unter allen möglichen Aspekten unterstützen...“ red.

Geheimverträge bei BS-Energy belasten Stadthaushalt



Auf Anfrage der BIBS wurde im Finanzausschuss am 26.1.2016 mitgeteilt, dass die Gewinne von BS-Energy dramatisch eingebrochen sind:

Zitat:
Die Ergebnisse sind den Prüfberichten zu entnehmen.

2011:	95,2 Mio. €
2012:	94,1 Mio. €
2013:	35,0 Mio. €
2014:	25,3 Mio. €

Grund des starken Rückgangs der Gewinne um satte 70 Mio. € jährlich seit 2013 sind Risiko-Börsenhandels-Geschäfte, die von der Veolia-Geschäftsführung in Form spekulativer Stromlieferungsverträge mit EON Sales und Trade München

(EST) vereinbart worden sind. Dieser Vertrag zwischen BS-Energy und „EON“ läuft noch bis 2025!

Spekulation mit Strom, den keiner braucht

Obwohl in Braunschweig nur 605 GWh (2014) an die Haushalte verkauft werden, die in eigenen Kraftwerken Uferstraße und Mehrum ausreichend selbst produziert werden, kaufte man die dreifachen Strom-mengen von EON dazu (1.774 GWh in 2014), Jahr für Jahr – Tag für Tag und wird den Strom nicht mehr los. Für die Stadt bedeuten die Fehlspekulationen bei BS-Energy Mindereinnahmen von 17,5 Mio. € (25% von 70 Mio.). Im Rathaus hält man sich zum Risi-

kovertrag eher bedeckt, obwohl die durch den Vertrag mit Eon verursachten Einbrüche sich für die Stadt auf Größenordnungen summieren, die an die aktuell durch VW verursachten Gewerbesteuer-einbrüche heranreichen.

Einblicke in den schädlichen Vertrag zwischen EON und BS-Energy werden dem Rat seit Jahren verweigert. Sowohl BS-Energy wie auch EON nahmen sich teure Rechtsanwälte, um Akteneinsichten der BIBS-Fraktion zu behindern.

Die BIBS-Fraktion sieht nun den Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzenden in der Pflicht, den Rat über die Einzelheiten des Vertrages zu informieren. P.R.



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern. Spendenkonto: Bürgerinitiative Stüchwort „Spende“ Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195 Braunsch. Landesspark. 250 500 00 IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Impressum
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) redaktion@buergernitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8, 38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Cellesche Zeitung, Bremer Weg 186, 29223 Celle

Östliches Ringgebiet: Ehemaliges Krankenhaus Langer Kamp

Kahlschlag und Zerstörung

Das Grundstück

Das Grundstück des ehemaligen Krankenhauses Langer Kamp im östlichen Ringgebiet zeichnete sich durch mehrere Besonderheiten aus. Im Randbereich und in der Mitte gab es einen großen alten Baumbestand. Alte Backsteinmauern an der Gliesmaroder Straße und am Langer Kamp fassten das Grundstück im Süden und Westen ein. Ein biotopartiger Froschteich mit zahlreichen Fröschen und Fischen befand sich im Norden des Grundstücks. Der südliche Teil wurde durch das historische Gebäudeensemble des alten Lazarets im Zusammenhang mit großen alten Bäumen geprägt. Diese Grundsituation galt es nach Auffassung einer Bürgerinitiative weitgehend zu erhalten, da sie heute noch eindrucksvoll die städtebauliche und geschichtliche Bedeutung für die Stadt zeigte.

Architektenwettbewerb und Bebauungsplan

„Auch wenn die Lazarettgebäude keinen Denkmalcharakter aufweisen, so handelt es sich städtebaulich und historisch betrachtet, um einen erhaltenswerten Gebäudekomplex“, schrieb die Verwaltung in ihrem Bebauungsplanentwurf. Sie legte 2009 zu Beginn des Verfahrens einen Testentwurf vor, der zeigt, wie man den bisherigen Charakter des Grundstücks in eine Neubebauung integrieren kann. Leider hat die Verwaltung es versäumt, diese Ziele in der Ausschreibung für einen Architektenwettbewerb festzuschreiben. Warum das Preisgericht bei seiner Entscheidung diese wesentlichen Kriterien nicht berücksichtigt hat, ist unverständlich. Die Stadt Braunschweig hat im Mai 2009 parallel zum Wettbewerb den Aufstellungsbeschluss für den B-Plan „Langer Kamp“ gefasst mit dem Ziel „Neues Wohnen“ und einen Lebens-

mittel-Vollsortimenter auf dem Grundstück unterzubringen. Die Bebauung sollte ein „nachhaltiges und ressourcenschonendes Vorhaben“ werden. „... die umgebende Mauer und das identitätsstiftende Klinikgebäude an der Gliesmaroder Straße sowie der prägende Baumbestand im Kernbereich sollen möglichst weitestgehend erhalten bleiben“ heißt es von Seiten der Verwaltung.

Abbruch Krankenhausverwaltung
Foto W. Wiechers



Diese Forderungen erfüllt der prämierte Entwurf bei Weitem nicht. „Der Bebauungsplan hat angeblich keine erheblichen Umweltauswirkungen, die zu berücksichtigen sind.“ Es wurde hier auf eine Umwelprüfung verzichtet, obwohl ca. 70 alte große Bäume mit einem Durchschnittsalter von 110 Jahren und einem Umfang von 1,0 bis 4,5 m bei dem verfolgten Entwurf abgesägt werden mussten.

Außerdem wurde bereits vor der Offenlegung des B-Planes ohne Bürgerbeteiligung ein hier vorhandener Teich zugeschüttet, in dem mehr als 300 Teichfrösche und über 1.800 Fische lebten (Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage von Dr. Dr. Büchs/ BIBS vom 18.08.2014). Wie viele Lebewesen dabei verendeten, bleibt offen. Das Gewässer wird ohne Notwendigkeit

überbaut. Der Testentwurf der Verwaltung und ein Alternativentwurf des Umweltzentrums und des Netzwerks Gemeinsam Wohnen zeigen, dass es auch anders geht.

Im Gegenteil: der biotopartige Teich wäre für das Wohngebiet eine Bereicherung gewesen. Die Anregung, den Bebauungsentwurf zu modifizieren, wurde im Rahmen der Auslegung wie auch alle anderen Bedenken von Bür-

gern und Trägern öffentlicher Belange von Verwaltung und Rat „weg gewogen“.

Landschaftsrahmenplan

„Das Plangebiet ist gemäß Landschaftsrahmenplan ein kleinflächiger Bereich mit hoher Bedeutung für das Naturleben im Ortsteil.“ Viele derartige Flächen gibt es nicht mehr im Stadtgebiet. Die wenigen sollten geschont und nicht durch eine übermäßige Ausnutzung zerstört werden. Auf diesem Grundstück bleiben von ca. 100 Bäumen nur 24 Bäume stehen.

Tiere, Pflanzen, Landschaft

„In der Wahrnehmung aus dem öffentlichen Raum kommt dem Plangebiet aufgrund des in die benachbarten Straßenräume wirkenden Altbaumbestandes eine hohe Bedeutung für das Ortsbild zu.“ So die Verwaltung. Fast

alle Bäume im Randbereich wurden abgeholzt. Das es auch anders geht, wenn man die Neubebauung Langer Kamp von der Straße abgerückt hätte, zeigen die Entwürfe der Stadt und des Netzwerks Gemeinsam Wohnen.

„Grundsätzlich ist das Plangebiet als Lebensraum für Brutvögel und Fledermäuse geeignet. Zu erwarten sind brütende heimische Vögel.“ Durch die erfolgten Eingriffe wird sich der Lebensraum für die oben genannten Tierarten auf ein Minimum verringern.

Klima, Luft

„Die Neuversiegelung bewirkt zusammen mit der Beseitigung von Vegetationsstrukturen den Verlust von Flächen zur Frischluftproduktion.“ Das wäre bei den Alternativentwürfen nicht der Fall gewesen.

Verkehr

Zur internen Verkehrserschließung ist eine Durchgangsstraße vom Langer Kamp zur Gliesmaroder Straße geplant. Das muss nicht sein. Die Straße sollte als „Einhänger“ ausgebildet und das Stück zur Gliesmaroder Straße als Fußweg gestaltet werden. Dann hätten mehr größere Bäume stehen bleiben und der innere Bereich stärker verkehrsberuhigt werden können.

Städtebauliches Konzept

„Das Leitbild für die Konversion des Areals des Klinikum Gliesmaroder Straße leitet sich unmittelbar aus der vorhandenen hohen Qualität des bestehenden Parks mit seinem imposanten Baumbestand ab“, sagt die Verwaltung. Der vorliegende Entwurf würdigt diesen Tatbestand allerdings völlig unzureichend. Es wird eine unangemessene hohe Verdichtung durch das hohe Maß der baulichen Nutzung erzeugt. Das zieht u.a. einen hohen Stellplatzbedarf nach sich. Die erforderlichen Tiefgaragen wirken erheblich nachteilig in den Naturraum ein.

Gesamtabwägung

Eindeutig werden in der Abwägung die ökologischen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie die Belange des Umweltschutzes nicht

genügend berücksichtigt. In der Abwägung scheinen große Gewinne aus hochpreisigem verdichteten Wohnungsbau wichtiger zu sein als Umweltbelange und soziale Bedürfnisse der Bevölkerung.

Forderungen der Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative forderte, dass die Planung noch einmal im Sinne der beiden beschriebenen Bebauungsvarianten modifiziert wird. Es sollten mehr Bäume und vor allem auch die drei wertvollen historischen Gebäude erhalten und für Mehrgenerationenwohnen mit einem Nachbarschaftstreffpunkt umgebaut werden, wie es auch der Stadtbezirksrat Östlicher Ring ursprünglich gewünscht hatte. Statt 24 alter Bäume hätten ca. 70 alte Bäume auf dem Grundstück erhalten werden können. Das wäre eine zeitgemäße nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewesen, die für nachfolgende Generationen die historischen und ökologischen Besonderheiten für das Quartier bewahrt hätte.

Es handelt sich hier um ein ganz besonderes Grundstück, das sich hervorragend für neue Wohnformen wie z. B. eine in Grün eingebettete autofreie Wohnsiedlung geeignet hätte. Eine hoch verdichtete formalistisch geprägte Bebauung ist hier nicht angebracht. Dafür gibt es genügend andere Baugrundstücke.

Die Bürgerinitiative wurde vom Umweltzentrum, dem Netzwerk Gemeinsam Wohnen, dem BUND, und dem Braunschweiger Forum unterstützt.

Chance verpasst

In den Krankenhausgebäuden hätte sehr gut „bezahlbarer Wohnraum“ geschaffen werden können, wie es z.B. in Tübingen und Freiburg geschieht. Hier haben die Mehrheit des Rates und die Verwaltung wieder einmal eine gute Chance verpasst, ein Stück altes Braunschweig zu erhalten und sinnvoll umzunutzen. Der so genannte Gestaltungsbeirat hat ebenfalls versagt. Die BIBS, die LINKEN und die Piraten haben gegen den Bebauungsplan gestimmt.

Wolfgang Wiechers

Kanzlerfeld: Neubau eines Supermarktes

- Lärmbelästigung zu hoch

„Was nicht passt - wird passend gemacht“

Was hier etwas holzschnittartig klingt, hat jedoch einen traurigen Kern. Denn die Konflikte rund um den geplanten Neubau werden eher größer als kleiner. Der Betreiber des im Kanzlerfeld ansässigen Supermarktes möchte sich, wie mehrfach berichtet, vergrößern. Die Details sind es jedoch, welche den Bürgern - seit Jahren - nicht gefallen, zu Unverständnis führen und sogar Widerstand aufbauen ließen. Was ist es, welches den Unmut herbeiführt?

1. 5000 qm versiegelt

Der Investor plant auf der gegenüberliegenden Wiese einen Neubau. 60 m lang, 34 m breit, 7,25 m bis zu 8,45 m hoch, zusätzlich Parkplatz, Bewirtschaftungsfläche etc. Über 5.000 qm Grünfläche werden voll versiegelt wo bislang Bienen summen, Vögel piepsen, Kinder Fußball spielen. Ohne Ausgleichsfläche. Ohne Ersatz für den Bolzplatz in kinderfreundlicher Nähe. Es wird sogar argumentiert: die umliegenden Gärten böten doch genug Grün.

2. Altes Zentrum ohne Perspektive

Man fürchtet, dass dem bestehenden Nahversorgungszentrum mit etlichen mittelständischen Geschäften, die

Luft ausgehen wird, wenn der größte Laden, dieses verlassen wird. Die Besucherfrequenz wird sinken. Ein nachvollziehbarer und tragbarer Plan für die dann leerstehende Verkaufsfläche existiert noch immer nicht, obgleich es mehrere Initiativen seitens der Bürger gab, den Lebensmittelladen am alten Standort zu revitalisieren. Mal sollte ein Drogeriemarkt, mal ein Weindot jetzt ein Getränkemarkt als Nachfolger ausgemacht sein. Verbindliche Verträge gab und gibt es nicht. Sie sind auch nicht zu Ende gedacht. Am Ende bleibt dem Bürger Verunsicherung, Misstrauen, Zweifel.

3. Lebensfreundliche Planung geht anders

Die Kubatur des Entwurfes für den neuen Markt - eine hohe Halle mit einer langen, ungeöffneten Rückseite zur Stauffenbergstraße lässt selbst Befürworter eines neuen Marktes laut werden. Auf einer anderen Seite des Areals sollen Lärmschutzwand und Lärmschutzwand das Gelände begrenzen. Man muss feststellen: Die Planer haben ein eigenwilliges Verständnis vom Leben in einer lebensfreundlichen Stadt. Das Kanzlerfeld, als grüne, ruhige Gartenstadt kon-

zipiert, lebt in weiten Teilen seines Viertels von Bungalows. Das angrenzende, wohl in eineinhalbgeschossiger Bauweise erbaute Wohngebiet, Kanzlerfeld Süd-West, unterliegt bis heute einer strengen Gestaltungssatzung im Hinblick auf einen einheitlichen Eindruck. Der in der Planung vorliegende Bau passt sich diesem nicht nur in keiner Weise an. Nein, er scheint die Anwohner gar zu verhöhnen. Denn trotz mehrfacher Kritik und konstruktiver Vorschläge haben weder Investor, Stadtverwaltung oder andere Beteiligte auch nur eine Nuance wirklich verändert. Wie ernst gemeint sind Aktivitäten wie „Denk dir deine Stadt“ und die Offenheit des Oberbürgermeisters gegenüber Bürgerbeteiligungen? Bei diesem Projekt fehlen bislang konkrete Handlungen, die diese Aktivitäten glaubwürdig machen.

4. Ungelöste Verkehrsfragen

Für den zunehmenden Verkehr, den ein um so vieles vergrößerter Laden unweigerlich anziehen wird, und ja auch soll, sind die kleinen 30-er Zonen, die das unmittelbar angrenzende Wohngebiet versorgen, nicht geeignet. Lieferverkehre sollen durch ruhige Nebenstraßen geführt wer-



Noch ist es eine Wiese...

den. Der enge Parkplatz ist in winzige Parkbuchten eingeteilt. Dieses erscheint in Zeiten größer werdender Autos und einer älteren Bevölkerung des Stadtteils nicht sinnvoll. Die Querung über die Bundesallee erscheint in einem Wirrwarr aus Linksabbiegern mehr als riskant. Auch hier gilt: Was immer du tust, handle klug und bedenke, was am Ende herauskommt!

Planungen nicht belastbar

Diesem Faktencheck haben sich die verschiedenen Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft schnell entzogen. Den Sorgen vieler Bürger des Kanzlerfeldes wurde weder in der ersten öffentlichen Auslegung der Pläne im Sommer 2014 noch in der zweiten Auslegung im Januar 2016 Rechnung getragen. Aus diesem Grunde hat wieder eine große Anzahl Bürger ihre Widersprüche eingereicht. Planungsrechtlich ist nun die Stadtplanung gemeinsam mit dem Investor am Zuge, diese zu bewerten und ihre Schlüsse daraus zu ziehen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Einsprüche gewissenhaft geprüft werden. Sie sind belastbar. Die Pläne von 2014

hingegen waren nicht belastbar, da sie dem Immissionsschutzgesetz nicht entsprachen. Die Planungen von 2016 haben auch in diesem wichtigen Punkte nichts geändert. Auch sie erfüllen die Vorgaben des Gesetzgebers nicht.

Fazit: Mehr Nachteile als Vorteile

Alle Bürger, die Bürgerinitiative „stadtteil mittelpunkt kanzlerfeld“ eingeschlossen, sind sich in einem Punkt einig: das Kanzlerfeld braucht einen Nahversorger. Doch geht es hier um Nahversorgung? Oder eher um Wirtschaftsinteressen? Nach Jahren der erfolglosen Planung wird jedoch immer klarer, dass der neue Standort mehr Nachteile nach sich zieht, als dass er Vorteile hätte.

Viele Entwurfsprobleme sind immer noch nicht gelöst. Warum saniert man nicht am alten - über all die Jahre der Planung die Bürger gut versorgenden - Standort? *Katrin Thies für die BI „stadtteil mittelpunkt kanzlerfeld“*
Haben Sie Interesse uns zu unterstützen? Spenden Sie: IBAN DE31 2702 0000 1515 2579 11. Kontakten Sie uns: bi-kanzlerfeld@38.de



Dieser 2-KW-Elektro-Radiator soll bei Ingo eine komplette 60-Quadratmeter-Wohnung beheizen. Die alten Öfen hat die BBG kurzerhand abgeklemmt – angeblich wegen Brandgefahr.



Kalandhof vor der Modernisierung



Kalandhof während der Bauphase. Die Bewohner befürchten, dass der Charakter des Hofes grundsätzlich verändert wird.



Ein Bild aus besseren Tagen: Die Bewohner der Kalandstraße im Sommer 2015. Foto: privat

Im Westlichen Ring geht es der BBG nur vordergründig um marode Öfen und zerstörte Ausblicke

Kaputt-modernisierte Quartiere

Klavierlehrer Matthias Witte steht in der Mitte seines Wohnzimmers und deutet mit beiden Daumen auf den Fußboden:

„Genau hier“, sagt er, „wollte die BBG am liebsten einen Fahrstuhl durch mein Zimmer jagen.“ Der Einbau des Fahrstuhls zöge eine erhebliche Grundrissänderung nach sich. Aus der bisherigen 3-Zimmer-Wohnung, gut geeignet für 2 Bewohner, würde ein 1-Zimmer-Loft werden. „Die Antwort der BBG auf die soziale Wohnungsnot. Wo zwei Arme wohnen, kann doch auch ein Reicher wohnen“, meint Witte sarkastisch.

Wäre es für die Betroffenen nicht so bitter ernst, könnte es ein kabarettistisches Highlight sein im Kampf David gegen Goliath, der seit Monaten in Kalandstraße, Jahnstraße und Hermannstraße tobt. Wobei die Rollen klar verteilt sind. Die Davids sind die langjährigen Bestandsmieter. Den Goliath gibt die Braunschweiger Baugenossenschaft BBG. Die hat nach Jahrzehnten der konsequenten Vernachlässigung ihre Immobilien im westlichen Ringgebiet wieder entdeckt und will sie nun marktgerecht aufhübschen. Dazu gehören Aufzüge für die besser situierte Klientel. Um mit bescheidenem Überstandard Kasse zu machen, was der überhitzte Markt so hergibt.

Bisher: Einfacher Wohnraum zu angemessenen Preisen

Bisher zahlten die Mieter in der Kalandstraße rd. 3,50 netto/kalt für den m². Besonders günstig scheint das nur auf den ersten Blick. Tatsächlich ist es laut Mietspiegel der normale Preis, der für Wohnungen dieses Standards (Kohleöfen, kein Badezimmer, Einfachverglasung) zu zahlen ist. Die zahlreichen Mängel der von Seiten der BBG vernachlässigten Wohnungen würden sogar noch erhebliche Abschläge rechtfertigen.

Trotz dieser Mängel waren die ideal geschnittenen Wohnungen in der Kalandstraße 6-10 begehrt. Jeder richtete seine Wohnung mit Einbauduschen, z.T. sogar Gasetagenheizungen auf eigene Faust so her, dass sie ihm gefiel. Die Reformarchitektur der 20-er Jahren und ein verwunschener Hinterhof zog seit Jahrzehnten ein buntes Volk von Handwerkern, Künstlern, ALG-Empfängern und Alleinerziehenden an, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind. Der soziale Zusammenhalt der Kalandstraßen-Gemeinschaft war legendär.

„Hätte es die Kalandstraße nicht gegeben, hätte sie ein Sozialarbeiter für teures Geld erfinden müssen“, meint Mieter Hartmut Jolie.

Man hätte erwarten können, dass die BBG, die damit wirbt, dass der Mensch bei ihr mehr zählt als der Profit, mit diesem so-

ziokulturellen Juwel verantwortungsvoll umgehen würde. Gegen die dringend notwendige Sanierung und eine behutsame Modernisierung hätte keiner der Altmietler etwas einzuwenden gehabt.

Standardmodernisierung

Die BBG hat jedoch andere Pläne. „Sie gießt ihre übliche Einheitssoße aus 20-cm-Plastikdämmung, 3fach-Verglasung, Balkonen und Fahrstuhl auch über der Kalandstraße aus“, schimpft Witte. Mit der Folge, dass z.B. der schmale Hinterhof, bisheriger Treffpunkt der Bewohner, mit nicht gewünschten Balkonen vollgestellt wird.

Geringverdiener unerwünscht?

Die Mieten für Neumietler in der Kalandstraße werden wahrscheinlich um 7,- bis 8,- € kalt / m² liegen - gegenüber den bisherigen Mieten eine Verdopplung, die sich Geringverdiener nicht mehr leisten können. Das scheint von der BBG durchaus gewünscht zu sein. Die Bewohner der Kalandstraße hatten nämlich die Stadtverwaltung dazu gebracht, der BBG 450.000 € anzubieten, damit diese im Gegenzug die Mieten in der Kalandstraße 7-9 auf 10 Jahre bei ungefähr 5,- Euro halten könnte. Die BBG hat dieses Angebot der Stadt ohne Angabe von stichhaltigen Gründen abgelehnt. Erstaunlich für eine Genossenschaft, deren Ziel laut Satzung die Förderung der Mitglieder durch eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung ist.

Die Beziehungen zwischen den Bewohnern der Kalandstraße und der BBG sind seither angespannt. Jüngster Höhepunkt der krisenhaften Beziehung war der Streich der BBG, die Gasversorgung in den Häusern 7-9 von einem Tag auf den anderen ohne ein Wort des Bedauerns abzustellen. Die Gasherde blieben kalt. Die BBG begründete das mit einer angeblich festgestellten Minderleistung der Gasrohre, die eine Gefahr für das Leben der Bewohner darstelle. Auf ein entsprechendes Prüfprotokoll warten die Bewohner seit fast 2 Monaten vergeblich.

Misstrauisch stimmt, dass sich hier ein Muster wiederholt, dass sich immer dann zeigt, wenn die BBG es mit einer widerständigen Mieterschaft zu tun hat. In der Jahnstraße, in der die Modernisierung ebenfalls ansteht, waren es die Kohleöfen, die die BBG angeblich auf Geheiß des Bezirksschornsteinfegers mitten im Winter still legen ließ. Den entsprechenden Brief des Schornsteinfegers legte die BBG nie vor - mittlerweile gibt sie sogar zu, dass es eine Stilllegung durch den Bezirksschornsteinfegermeister und den Brief nie gegeben hat.

„Kalte Entmietung“ nennt man das Mürbemachen von Mietern durch Schikanen. Die BBG würde diesen Vorwurf sicher weit

von sich weisen. Sie hat vor Gericht darauf verwiesen, dass ihr das Leben ihrer Mieter so kostbar sei, dass sie sie keinem Risiko aussetzen wolle. Seltsam nur, dass sie dann ausgerechnet Heizradiatoren als Ersatz anbietet, die ein weit höheres Betriebsrisiko haben als Öfen, und die MieterInnen über diese Gefahren bewusst nicht informiert.

Auch sonst zeigt sich die BBG nicht so zimperlich mit der Gesundheit der Mieter. In der Hermannstraße, in der die BBG bereits seit Jahren ihre Modernisierungen gegen den Willen der Bewohner durchzieht, lies sie Asbest ohne gesetzlich vorgeschriebene Schutzmaßnahmen entsorgen und MieterInnen, Kinder und Handwerker bewusst in hoch krebserregenden Asbest und KMF (Künstliche Mineralfasern) leben und arbeiten.

Steriles Ambiente statt bunter Nachbarschaft

In der Hermannstraße lässt sich auch schon mal das nach BBG-Vorstellungen aufgewertete Wohnumfeld bewundern: immergrüne Kleinschnitthecke, angeklebte Vorbaubalkone und gepflegter Kurzrasen, dazu GS-zertifizierte, pulverbeschichtete Großspielgeräte in der grünen Einödhölle. „Wir hatten hier früher echte Gemeinschaft im Hinterhof. Mit Campingstühlen, Grill, Blumen und Nachbarschaft. Keiner musste die Tür abschließen und die Wäsche hing wie in Italien an der Leine“, erinnert sich ein Bewohner.

Selbst diese Romantik des Vergangenen schlachtet die BBG aus und wirbt dreist mit den ungeliebten Mietern, die sie gerade vertreibt. Im offiziellen Hochglanzprospekt des Wohnungskonzerns steht:

„Beliebt sind zum Beispiel die gemütlichen Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen im Westlichen Ringgebiet, in Nachbarschaft der HBK. Mit guten Einkaufsmöglichkeiten und Parks gleich um die Ecke. Und in der Jahnstraße entstand in den vergangenen Jahren ein kleines Künstlerviertel: Ein kreatives Wohnumfeld mit Gleichgesinnten.“ Nur demnächst wohl ohne die Künstler und „Gleichgesinnten“.

Da muss die BBG ihre Prospekte umschreiben.

Klaus Knodt

Nähere Infos und viele weitere

Fotos über das Gebaren der BBG unter <https://www.facebook.com/jahnstrasse.versus.bbg/?fref=ts>.

BBG-Vorstandsmitglied Kalleicher ist von der Facebook-Seite der Jahnstraße so beeindruckt, dass er sie im Editorial des jüngsten BBG-Magazins erwähnte - um gleich darauf in Erinnerung zu bringen, dass Genossen, die das Ansehen der BBG schädigen, aus der BBG ja auch ausgeschlossen werden können.